

Freising Frontal ist die regelmäßig erscheinende Zeitung des Kreisverbandes der Freisinger Linken und informiert über politische, soziale und gesellschaftliche Themen der Region Freising aus Sicht sozial engagierter Bürgerinnen und Bürger.

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

- Bertolt Brecht

freising
frontal
DIE LINKE.

Ausgabe 2018

Wohnen in Freising – ein Grundrecht?!

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine der dringendsten Aufgaben, vor denen Stadt und Landkreis Freising stehen.

In Freising ist der freie Immobilienmarkt weitgehend zusammengebrochen, die Mieten explodieren. Freising verändert sich: Unsere

Stadt und Landkreis Freising, den sozialen Wohnungsbau zu forcieren. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass Berechtigte in Freising mittlerweile sieben (!) Jahre auf eine Sozialwohnung warten müssen.

Dabei ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Bayern

sing in den vergangenen Jahren das Glück, mit dem Vimy-Gelände und der Stein-Kaserne zwei aufgelassene Bundeswehrstandorte billigst - zu einem Bruchteil der ortsüblichen Grundstückspreise - erwerben zu können. Und zweimal führte dies nicht dazu, dass günstige Wohnungen für die Freisinger Bevölkerung geschaffen wurden. Anstatt seinen verfassungsgemäßen Aufgabe nachzukommen, ließ es der Stadtrat zu, dass große Bauträger ihre Millionengeschäfte machten und sich dadurch die beiden Baugebiete zu Luxusquartieren entwickelt haben, an denen sich die Bauträger eine goldene Nase verdienen konnten. So hat sich die Stadt als Preistreiber auf dem Freisinger Wohnungsmarkt betätigt.

Der Kauf des Vimy-Geländes war sogar mit der vertraglichen Verpflichtung Freising verbunden,



attraktive Innenstadt ist mehr und mehr den Reichen vorbehalten. Arme, Studierende, Menschen mit geringem Einkommen, Rentnerinnen und Rentner werden verdrängt. Wohnungen gibt es nur noch zu Preisen, die sich Durchschnittsfamilien nicht mehr leisten können.

Um so mehr ist es Aufgabe von

ein Verfassungsgebot. Im Artikel 106 unserer Bayerischen Verfassung ist festgeschrieben: „Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.“

Obwohl Freising in den letzten Jahren - im Gegensatz zu den anderen Landkreisgemeinden - einige Sozialwohnungen erstellt hat, reichen diese Wohnungen bei weitem nicht aus, um dem großen Siedlungsdruck in unserer Region zu begegnen.

Freising muss mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen, auch um die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren: Gleich zweimal hatte Frei-

In dieser Ausgabe:

Wohnen in Freising	Seite 1
Rosi reichts	Seite 2
Eine Frage der Herkunft	Seite 3
noPAG	Seite 5
Das Märchen von der Aufklärung	Seite 7
100 Jahre Freistaat Bayern	Seite 9
DIE LINKE und Europa	Seite 10
Legalize it!	Seite 11
Wir sind der Verfassungsschutz	Seite 13
140 Tage Stadtrat	Seite 14
Junge Freisinger LINKE	Seite 15
Nachruf und Danksagung	Seite 16

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE, Kreisverband Freising
ViSdP: Nicolas Graß, Weizengasse 12, 85354 Freising
info@linke-freising.de
www.freisinger-linke.de

Redaktion: Albert Schindlbeck, Mario Muraro, Jan Freudenreich

50 Prozent Sozialwohnungen zu erstellen. Dies ignorierte jedoch der Stadtrat, mit deutlicher Mehrheit stimmte man damals für die Zahlung eines Bußgeldes an die Bundesrepublik wegen der Nichteinhaltung des Vertrages.

Der Landkreis baut im Gegensatz zur Stadt Freising gar keine Sozialwohnungen mehr, die große Mehrheit im Kreistag will jetzt sogar die Wohnungsbau GmbH im Landkreis abwickeln. In dieser GmbH ist der Landkreis der weitaus größte Gesellschafter, beteiligt sind noch die Sparkassen Freising und Moosburg, die Stadt Moosburg und die Gemeinden Eching, Hallbergmoos und Zolling.

Bei den Debatten im Kreistag zu diesem Thema ist es einzig die FREISINGER LINKE, die den Bau neuer Sozialwohnungen durch den Landkreis fordert. Insbesondere CSU, Freie Wähler und SPD betonen stets, dies sei keine Aufgabe des Landkreises. Andere Kreise sind sich allerdings ihrer Aufgabe durchaus bewusst. So betreibt der Landkreis München eine sehr aktive Wohnbau-GmbH, auch der Kreis Ebersberg erstellt jährlich immerhin 20 bis 30 neue Wohnungen.

Wir brauchen gerade in unserer Boom-Region Freising mehr bezahlbare Wohnungen. In den letzten 30 Jahren hat sich der Bestand an Sozialwohnungen deutschlandweit um Zweidrittel verringert. Es fehlen fünf Millionen Sozialwohnungen! Die FREISINGER LINKE fordert deshalb einen Neustart im sozialen Wohnungsbau, auch und gerade in Freising.

Albert Schindlbeck

+++ Rosi reichts +++

Ich biege mit meinem Fahrrad 2 mal um die Ecke, schiebe durch die Altstadtgalerie oder radle über unwegsamen Plastikrollrasen durch die Angerbader-Gasse, über Schotter immer auf der Hut vor scharf-ums-Eck-biegende Passanten, meistens Radler ohne Kenntnis von irgendwelchen Verkehrsregeln. Dabei überholt mich ganz leise, gleich einem Windhauch ein Zweirad rechts. Ich erschrecke wieder mal, obwohl das eigentlich schon fast normal ist, nehme mir zum x-ten Mal vor, noch aufmerksamer mit meinem Fahrrad in die Innenstadt zu fahren (mit leicht ironischem Dank an alle Motorisierten - die hört man wenigstens ...).

Da ist sie nun, die erste neue Teilstrecke unserer vielgepriesenen Innenstadtsanierung: Freundliches Mausgrau mit ziemlich blässlichen Sitzgelegenheiten (ja nur keine Farbe). Mit Blick in die Hl. Geist-Gasse und den transportablen Bäumen in ihren grell roten und orangen Kübeln denke ich mir „wie schade, Farbe bringt doch eigentlich Freude ins Leben“.

Langsam weiterradeln ... Fußgänger, Radfahrer und natürlich Autos, nicht nur Lieferverkehr teilen sich das neue Teilstück und jeder weiß natürlich, wie ´s funktioniert ... Chaos, das sich ab der Litfaßsäule (in Höhe des ehemaligen Inkafrecht-Ladens) in seltsamerweise grellem Orange etwas entwirrt, weil auf beiden Seiten der Straße gleichzeitig Geschäftshäuser saniert werden ... Wenn schon Baustellen, dann gleich richtig. Ach ja, irgendwann kommt auch noch die

Fernwärme. Den Passanten, die mich wegen der Situation in der Altstadt ansprechen, erkläre ich mit liebevollen Worten, dass es irgendwann wieder Zeiten geben wird, wo es nur wenige Baustellen gibt. Wir sind halt erst am Anfang der Maßnahmen, die in eine toll sanierte Altstadt mit Moosach-Öffnung, Straßenkneipen, spielenden Kindern und flanierenden Touristen in totales Relaxing münden. Große Busse / kleine Busse - hübsch oder zweckmäßig... durch die Altstadt oder „außenherum“. Diskussionen ohne Ende, die Zeit ist für diese Entscheidung noch nicht reif...

Irgendwann ist alles komplett, die Kneipen, Lokale und vielfältigen Geschäfte füllen sich kurzzeitig. Und dann, dann verteuern sich Wohnungen und Läden, weil ja die Innenstadt so toll ist. Die Vermieter wollen mehr Geld, auch ohne STRABS (Strassenausbaubeitragsatzung). Dann folgt Leerstand, weil sich niemand mehr die hohen Mieten leisten kann. Übrig bleiben nur noch Filialen und Leerstände, denn Wohnen und Leben in der Innenstadt ist nur noch Luxus.

Schöne, alte, neu sanierte Innenstadt - Fortsetzung folgt.

Rosi Eberhard

Eine Frage der Herkunft

Seit 2015 bestimmt neben der AFD ein weiterer Begriff die Öffentlichkeit. „Flüchtlinge“. Doch damit nicht genug. Wer Ordnung will, der muss auch kategorisieren. So schreibt man heute nicht einfach von Flüchtlingen, sondern unterteilt sie in Kriegs-, Wirtschafts- und Klimaflüchtlinge. Man versucht die geflüchteten Menschen in Kategorien, die ihren primären Fluchtursachen entsprechen sollen, einzuteilen. Doch ist das überhaupt sinnvoll? Was zum Beispiel ist ein Wirtschaftsflüchtling? Ein marokkanischer Arbeitsloser, der keine neue Stelle findet und deshalb nach Europa kommt?

Ein nigerianischer Bauer, dessen Felder einer Mine weichen mussten und der in Europa eine neue Existenz sucht? Ein Deutscher Aktienanleger, der seinen Wohnsitz in die Schweiz verlegt, um dort vom Bankgeheimnis zu profitieren? Vielleicht auch ein ungarischer Arbeiter, der nach Deutschland kommt, um vom vier mal höheren

Mindestlohn zu profitieren, hier sparsam lebt und sich in seiner Heimat ein Haus bauen lässt? Und was ist ein Klimaflüchtling? Sind das nur Menschen, die vor den Auswirkungen der Klimakatastrophe fliehen? Vor Dürren und Überschwemmungen, deren Hauptverursacher im globalen Norden (seit ein paar Jahren auch China) zu verorten sind? Oder zählen dazu auch deutsche Rentner, die sich ein Haus in Thailand leisten und dort die Tage am Strand verbringen?

Die Bedeutung dieser konstruier-

ten Begriffe bleibt schwammig. Klar ist, dass sie als Kampfbegriffe einer neuen Rechten mit bürgerlichem Touch ihren Weg in den politischen Diskurs gefunden haben. Nur bei Kriegsflüchtlingen sind sich alle einig. Diese Menschen flüchten vor einer akuten und unmittelbaren Gefahr für Leib und Leben, nämlich vor dem Krieg, und sie dürfen deswegen hierherkommen. Oder? Beharrt die Bundesregierung nicht darauf, dass Afghanistan oder auch Libyen, Tunesien und Algerien sicher seien? Doch in diesen Ländern herrscht Bürgerkrieg. Zugegeben, nicht in dem Ausmaß wie in Syrien. Aber



dennoch. Die Taliban verüben fast täglich Anschläge in Afghanistan, die zum Teil islamistischen Regime in Nordafrika gehen gegen Opposition und Zivilbevölkerung militärisch vor und der IS nutzt die Instabilität in der Region, um sich wieder zu festigen. Wollen wir also wirklich guten Gewissens behaupten, diese Länder seien sicher? Dennoch werden immer mehr Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern abgelehnt.

Zurück zum eigentlichen Thema. Flüchtlinge. Durch die ganze Rhe-

torik, nicht zuletzt von rechten und ultrarechten Kräften befeuert, haben sich unsere vorher gültigen Begriffe gewandelt. Vorher gab es den Migranten und den Asylanten. Während der Migrant mehr oder weniger freiwillig zu uns kam, um hier zu leben und zu arbeiten, kam der Asylant gezwungenermaßen. Denn er flüchtete zu uns. Während man also von einem Migranten, der sich in einem neuen Land ein neues Leben aufbauen wollte, zu Recht erwartete, dass er sich integrierte, ging man beim Asylanten davon aus, dass er in seine Heimat zurückkehren würde, sollte sich der Grund seiner Flucht erledigt

haben. Natürlich gab es auch immer Leute, die vor Weltanschauungen flüchteten. Diesen gewährte man gerne ein Leben in unserer freien demokratischen Gesellschaft. Zumindest war dies immer die Behauptung. Die Ereignisse von 1993, als im Osten unserer Republik Asylbewerberheime angezündet wurden, sahen

allerdings anders aus. Die Begriffe Migrant und Asylant kommen heute kaum noch vor. Unter dem Oberbegriff Flüchtlinge werden nun alle nichteuropäischen Einwanderer zusammengefasst und dann weiter in die oben genannten Kategorien unterteilt, wobei man dadurch versucht, die vermeintlich wirklich Schutzbedürftigen von den „Sozialschmarotzern“ zu trennen. Ein Versuch, der schon moralisch zum Scheitern verurteilt ist. Klar, Krieg bedroht Leib und Leben. Aber Armut auch. Gerade in Staaten ohne oder mit

nur unzureichend funktionieren den Sozialsystemen. Auch Hunger bedroht das Leben. Genau so wie die offene Präsenz terroristischer oder militanter Fanatiker. Auch die Klimakatastrophe, durch die die Menschen ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden, bedroht das Leben. Diese Unterscheidungen wurden uns von den Rechten aufgedrängt. Sie wurden so oft wiederholt, dass sie nun schon seit geraumer Zeit die öffentliche Wahrnehmung beeinflussen.

Was tun wir als linke und als LINKE dagegen? Unsere Aufgabe muss es sein, rechte Positionen argumentativ zu entlarven und zu entkräften. Aber wir dürfen nicht nur reagieren. Wir müssen auch aktiv den Diskurs wieder in unsere Bahnen lenken und unsere Interessen in den Mittelpunkt stellen. Zu Allererst müssen wir uns jedoch selbst einig sein. Wir müssen uns klar positionieren. Als links. Und das lässt nur eine Antwort zu: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“.

Mit diesem Ausruf aus dem „Manifest der kommunistischen Partei“, welches die Grundlage jeglichen linken Denkens und Handelns bildet, ist schon alles gesagt. Das findet auch Gregor Gysi. In einem Interview mit der Berliner Zeitung verband er diesen Satz mit der Aufforderung, sich nicht durch Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit gegeneinander auszuspielen zu lassen. Er sagte weiterhin: „Ich möchte, dass die Linke in der Flüchtlingspolitik eine andere Antwort gibt. Wir können uns nicht von den Rechten Debatten aufzwingen lassen. Das geht nicht.“

Das bedeutet, dass wir uns nicht von der herrschenden Klasse und den Rechten in die Ecke drängen lassen dürfen und auf ihre Rhetorik verfallen. Eine schwache Linke

bedeutet einen Verlust an Gerechtigkeit. Wir müssen einig sein und stark. Wir müssen internationalistisch sein. Ein „gerechtes“ Land in einer ungerechten Welt ist der Inbegriff des kapitalistischen Imperialismus und der Traum der Nationalisten. Als LINKE müssen wir eine gerechte Welt gerechter Länder fordern und an der Verwirklichung dieses Traumes arbeiten. Das ist wirklich links. Sich rechten Positionen anzunähern in der Hoffnung, eine biedere, bürgerliche Klientel zu gewinnen, ist nicht links. Es ist schon fast ein Verrat echter linker Positionen. Hierzu meint Gregor Gysi: „In jedem Fall gilt: Wenn einer nur an der Seite der armen Deutschen steht und nur gegen ihre Armut ankämpft, dann ist er nicht links. Das kann auch ein Rechter. Links ist einer erst, wenn er gegen die Armut aller kämpft. Das muss rein - in den Kopf und ins Herz.“

Die Krisen unserer Zeit sind Krieg, Armut, Ungleichheit, Klimakatastrophe und Menschen auf der Flucht. Alles das sind Symptome eines Kapitalismus ohne Regulierung. Eines Finanzimperialismus. Diesen Kapitalismus wollen wir als LINKE überwinden. Das geht nur solidarisch. International solidarisch. Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Diesen Reichtum haben wir auf dem Rücken der sogenannten „Dritten Welt“ aufgebaut. Und dies verpflichtet uns, neben unserer deutschen Vergangenheit und unserer humanistischen und auch christlichen Werte, moralisch dazu, Menschen zu helfen.

DIE LINKE muss hier internationalistisch handeln. Solidarität darf sich nicht auf Herkunft gründen. Das was uns alle vereint, das Menschsein ist die einzige Bedin-

gung für Solidarität. Und dafür steht die Partei DIE LINKE. Wir fordern echte Gerechtigkeit. Menschen die Hilfe benötigen sollen Hilfe erhalten. Dafür stehen wir als LINKE und vor Allem als Menschen.

Wichtig ist, dass wir uns trotz der Aktualität der Frage nicht in ihrer Beantwortung verlieren. Die linken Kräfte Europas müssen sich auf ihre Gemeinsamkeiten besinnen. So lautet auch die Forderung des Präsidenten der europäischen Linken Gregor Gysi:

- Für Frieden und Abrüstung - gegen Kriege und Aufrüstung.
- Für vollständige soziale Gerechtigkeit, ohne Hunger, Elend und Not - gegen völlig überzogenen, ungeheuerlichen Reichtum durch den Kapitalismus.
- Für ökologische Nachhaltigkeit - gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit.
- Für einen Ausbau der Volksdemokratie - gegen Unterdrückung, Ausbeutung, die Allmacht der großen Konzerne und Banken, gegen Korruption.
- Für den Ausbau sozialer Grundversicherungen und umfassende Arbeitsrechte der Beschäftigten - gegen eine alleinige Herrschaft der Unternehmen, gegen Austerität, Neoliberalismus und Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge.
- Für Chancengleichheit und Emanzipation aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Hautfarbe, sexueller Orientierung auf allen Gebieten, insbesondere auch beim Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur - gegen alle Formen sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung. Gegen die wachsende Schere zwischen dem Norden und dem Süden, dem Wes-

ten und dem Osten, großen Städten und kleinen Dörfern, zwischen Reich und Arm.

• Für die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen auf allen Ebenen.

Diese allen Linken eigenen Positionen sind die Kernpunkte unserer Politik. Und diese Positionen sind Mehrheitsfähig. Man muss sie nur wieder in den Vordergrund rücken. Durch die Einigkeit unserer Grundpositionen gestärkt, können

auch andere Positionen erarbeitet werden. Dann können wir auch eine Asyl- und Migrationspolitik ausarbeiten, die es verdient hat, links genannt zu werden. Aber nicht, weil Rechte und Konservative uns das aufzwingen, sondern weil wir es wollen. Weil auch wir es für wichtig halten. Jedoch aus einer anderen Motivation heraus. Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, weil wir die Ungerechtigkeit in der Welt bekämpfen wol-

len. Rechte wollen diese angeblich auch bekämpfen. Aber nur damit keine Ausländer mehr kommen. Welche Motivation die menschliche ist, steht hier außer Frage. Eine gerechte Welt braucht eine geeinigte und starke Linke. Und eine starke Linke braucht engagierte Bürger*innen, die sich nicht von Populisten vor den Karren spannen lassen. Wir brauchen DICH!

Mario Muraro

noPAG: Widerstand gegen das neue Polizeiaufgabengesetz

Das am 15.05.2018 von der bayerischen Staatsregierung und der CSU verabschiedete neue Polizeiaufgabengesetz sorgte sowohl im Vorfeld als auch im Nachhinein für große Kritik. Das im gleichen Zuge eingeführte neue Psychiatrie-Gesetz, das die Patienten wie Verbrecher behandelt ebenso. Diese Kritik kam aus allen politischen Richtungen und allen gesellschaftlichen Schichten, wurde dennoch von der CSU als linksradikal motiviert abgetan. Am 10.05.2018 demonstrierten in München über 30.000 Menschen gegen das Gesetz. Die Beteiligung war vielfältig. Wir LINKE waren dabei. Ebenso Vertreter*innen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), jedoch auch die Grünen und die FDP. Gewerkschaften, Sozialverbände, kirchliche Vertreter und Bürger*innen aller Couleure nahmen an der Demo #noPAG teil. Die Staatsregierung und die CSU reagierten uneinsich-

tig. Kritik an dem Gesetz wurde als linksradikale Meinungsmanipulation diffamiert. Innenminister Joachim Hermann teilte über Twitter mit:

„Ich bin vor allen Dingen überascht davon, dass die zum Teil auch Lügenpropaganda der letzten Wochen wohl auch manch unbe-



ZU DICK, ZU DÜNN, ZUVIEL BART, ZU AUSGEFLIPPT, UND BEI ROT ÜBER DIE AMPEL. SEHR VERDÄCHTIG!

darfte Menschen in die Irre geführt hat.“

der völlig inakzeptablen Wortwahl ist die Unterstellung haltlos. Trotz der offensichtlichen Unterschiede in den politischen Ansichten einiger beteiligter Organisationen (z.b.: Die.LINKE und FDP) waren die Kritikpunkte die gleichen. Es ist zudem eine absolute Frechheit, dass Hermann die Menschen als unbedarft bezeichnet. Nicht nur, dass dies eine persönliche Beleidigung für die Menschen ist, er spricht damit den Bürger*innen auch ihre politische Mündigkeit ab. Sollte dies seine Intention gewesen sein, wäre das ein Schnitt ins eigene Fleisch, ist es doch die CSU, die seit 60 Jahren die Bildungspolitik in Bayern fast in Eigenregie gestaltet.

Die massenhaften Proteste haben die CSU genauso wenig davon abgehalten, das Gesetz zu erlassen, wie die Kritik und die Verfassungsbedenken vieler Rechtsexperten. Viele der beteiligten Organisationen ha-

ben rechtliche Schritte gegen das Gesetz eingeleitet und vertrauen auf das bayerische Verfassungsgericht. Es wäre nicht das erste Mal, dass dieses die CSU, zwingt ein Gesetz zurückzunehmen und abzuändern. Kritik seitens der Gewerkschaft der Polizei galt ebenso nicht als begründet.

Es scheint die neue Linie der CSU zu sein, Kritik an ihrer Politik grundsätzlich als uninformiert, linksradikal und undemokratisch zu bezeichnen. Dies konnte man auch an den Reaktionen zur kürzlich stattgefundenen #ausgehetzt Demo beobachten, bei der auch gegen das PAG demonstriert wurde. Die Rechtfertigung des PAG richtet sich hierbei maßgeblich an den erweiterten Befugnissen der Bundespolizei aus. Diese wurden 2017 eingeführt und sollten den Umgang mit Terrorverdächtigen regeln. Zu diesen Maßnahmen gehörten:

- Der Begriff der „drohenden Gefahr“ als Eingriffsschwelle
- Die elektronische Fußfessel
- Präventive „Unendlichkeitshaft“
- Die Polizei kann Kontaktverbote, Aufenthaltsgebote und Aufenthaltsverbote aussprechen

Der CSU schien dies jedoch nicht genug zu sein. In ihrem Gesetz, welches keinen direkten Bezug zum Terrorismus erkennen lässt, wurde weiter festgelegt:

- Abhören von Telefonen und Öffnen von Post auch ohne Anzeichen einer Straftat
- Einsatz von V-Leuten - Freunde und Nachbarn können als Polizeispitzel für verdeckte Ermittlungen eingesetzt werden.
- Verschlechterung des Schutzes von Berufsgeheimnisträger*innen wie Journalist*innen oder Jurist*innen - Quellen und Mandant*innen sind nicht mehr um-

fassend geschützt

- Durchsuchen sogenannter Cloud-Speicher und Mitwirkungspflicht von Dritten beim Entschlüsseln von Daten (z.B. durch Herausgabe von Schlüsseln und Codes)

- Einsatz von Drohnen und Bodycams
- Automatisierte Videoüberwachung, etwa mit intelligenter Mustererkennung - das ist die Realisierung von „Big Brother is watching you“.

- Online-Durchsuchung mit einem direkten Zugriff der Polizei auf private Computer

- Einsatz von Staatstrojanern (Spionagesoftware, die Informations- und Kommunikationsdaten abgreifen und verändern kann)

- DNA-Analyse als erkennungsdienstliche Maßnahme und die Möglichkeit der Analyse von DNA-Spuren an Tatorten, um Rückschlüsse auf Augen-, Haar- und Hautfarbe sowie andere biogeographische Daten zu ziehen. Damit werden Zufallsfunde von Genmaterial zur Grundlage der Suche nach Verdächtigen.

Der von vielen zurecht kritisierte Begriff der „drohenden Gefahr“ hat keine klare Definition und soll auch nicht mehr nur im Zuge von Terror-Ermittlungen eingesetzt werden dürfen. Die neuen und erweiterten Befugnisse für die Polizei widersprechen unserem Rechtsstaatsverständnis. So berichtete der Deutschlandfunk von Unruhen in einer Schweinfurter Flüchtlingsunterkunft, in deren Zuge sieben Männer festgenommen wurden. Einer sitzt in mit Rechtsbeistand in Untersuchungshaft, da es klare Beweise für eine Straftat gibt. Die anderen sechs sitzen unter dem Vorbehalt der „drohenden Gefahr“ ohne Rechtsbeistand im gleichen

Gefängnis in Präventivhaft. Menschen, die keine Straftat begangen haben, tragen die gleichen Konsequenzen wie Straftäter, haben dabei aber weniger Rechte. Das ist die absurde Realität des PAG.

Trotz der großen und durchaus begründeten Kritik verteidigt Innenminister Hermann das PAG vehement. Dabei schreckt er auch nicht davor zurück, Bürger*innen vor Manipulation zu warnen. Damit wirft er jedoch indirekt allen Kritiker*innen vor, manipuliert worden zu sein.

Weiterhin stellt er heraus, dass es seitens der Staatsregierung keine Bedenken gibt. Missbrauch der Befugnisse stellt er mit Verweis auf die unabhängigen Gerichte als unmöglich dar. Für uns ist dies jedoch nicht genug. Die Geschichte zeigt, dass Gesetze, wenn sie einmal existieren, auch angewandt werden. Die Möglichkeiten, welche der Polizei hier gegeben wurden, höhlen den Rechtsstaat aus. Dabei geht es nicht darum, dass die Polizei diese Möglichkeiten wahrnimmt, sondern darum, dass sie es könnte. Die Vorbereitung des Faschismus scheint eine abwegige Kritik zu sein. Doch bedenken wir, dass es nun im Rahmen der Gesetze möglich ist, unliebsame Personen ohne ersichtlichen Grund einzusperren, müssen Parallelen zu autokratischen und faschistischen Staaten gezogen werden. Dagegen steht Die LINKE.

Das PAG gehört zurückgenommen. Der Rechtstat darf nicht durch Machtkonzentration gefährdet werden. Freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit müssen weiter Grundsätze der Demokratie bleiben und dürfen nicht der Möglichkeit polizeilicher Willkür preisgegeben werden.

Mario Muraro

Das Märchen von der Aufklärung

“Es ging nie um Terrorismus: Es ging um Wirtschaftsspionage, soziale Kontrolle und politische Manipulation. Es ging um Macht.” - Edward Snowden

Als Edward Snowden 2013 einen unfassbaren Schatz von über 1 Millionen Dokumenten - Belege der globalen Überwachung durch Geheimdienste - offenlegte, hielt die ganz Welt inne.

Was vorher nur dem Metier verwegener Verschwörungstheoretiker zugeordnet wurde, war auf einmal faktisch belegt: Unsere digitalen Aktionen werden erfasst, gespeichert und ausgewertet.

Dabei wurde ausgiebig von den riesigen Datenmengen der digitalen Gesellschaft Gebrauch gemacht, teilweise mit direktem Zugriff auf Datenbanken großer Konzerne (PRISM).

Zu den Überwachten gehörten nicht nur Privatbürger, sondern auch andere Terroristen - wie Hilfsorganisationen oder die UNO. Mittendrin: Der BND.

Der Aufschrei war gewaltig, doch was waren die Konsequenzen?

Ist heute - 5 Jahre später - alles besser?

Die Antwort ist genauso kurz wie frustrierend: Nein.

Der Untersuchungsausschuss dauert bis heute an, was auch der großartigen aufklärerischen Leistung unserer Staatsbediensteten zu verdanken ist: Plötzlicher Gedächtnisschwund, verhinderte Aussagen und Dokumente, die - aus Versehen natürlich - kurz vor den Untersuchungen geschreddert wurden.

Dabei zeigen die geleakten Dokumente ganz klar, wie der BND deutsche Internetknoten anzapft und

dabei auch - zum selben Ergebnis kommt auch der BND selbst in seiner eigenen Bilanz - eine korrekte Filterung der Daten deutscher Staatsbürger nie stattfand: Ein klarer Verfassungsbruch.

Die NSA hatte darüber hinaus über ein Jahrzehnt lang unbeschränkter Zugriff auf die vom BND gesammelten Daten.

Unter den veröffentlichten Dokumenten findet sich auch ein Informationspapier, in dem folgender Satz auftaucht: „Der BND hat die deutsche Regierung aktiv beein-



flusst, um die Gesetze über Privatsphäre langfristig aufzuweichen, damit es bessere Möglichkeiten für den Austausch von geheimdienstlichen Informationen gibt.“ Dies erklärt auch, warum sich CDU/CSU und SPD trotz erfolgreicher Klagen - u.a. der LINKEN - vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Anhörung von Edward Snowden vor dem Untersuchungs-

ausschuss stellen. Eine Aufklärung und ein rechtsstaatliches Vorgehen kann von diesen Parteien nicht erwartet werden.

Selbst vor den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses wird kein Halt gemacht. So wurden 2014 zwei amerikanische Spione enttarnt, die Geheimpapiere der Untersuchungskommission weitergeleitet hatten. Des Weiteren wurden unter anderem der Vorsitzende des Ausschusses Patrick Sensburg (CDU) und der Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Ausschusses Steffen Bockhan (DIE LINKE) abgehört.

Bei all den Belegen muss es doch sicher knallharte Konsequenzen gegeben haben! Persönliche Konsequenzen? Natürlich nicht: Bis heute ist kein Verantwortlicher verurteilt.

Und politische Konsequenzen? Natürlich: Die Befugnisse des BND wurden durch die große Koalition ausgeweitet und der Staatstrojaner erweitert seit letztem Jahr das Repertoire.

Was für jeden wohl der einleuchtende und logische Schritt nach derartigen Enthüllungen darstellen sollte...

Auch anderen Behörden wurden die Möglichkeiten erhöht: Die Beschränkungen für den automatisierten Zugriff von Geheimdiensten und Polizeibehörden auf Personendaten wurden komplett gestrichen, die automatisierte Gesichtserkennung wird flächendeckend eingeführt und mit der

ZITIS (Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich) wurde eine neue IT-Überwachungsbehörde geschaffen – hier soll vor allem an der Telekommunikationsüberwachung und dem Knacken von Verschlüsselungstechnologien gearbeitet werden. Von Jahr zu Jahr wird die Überwachung ausgebaut, in Form von neu-

en gesetzlichen Möglichkeiten und neuen Behörden. Gleichzeitig geht der auch der letzte Rest Transparenz und Kontrolle verloren. Man könnte meinen so mancher begreift die Orwellsche Welt als Utopie und nicht im Sinne der Abschreckung.

Die LINKE fordert deshalb: Die totale Überwachung ist sofort zu beenden, die Schuldigen sind zur Verantwortung zu ziehen und die deutsche Bundesregierung muss endlich wieder auf den Boden der Rechtsstaatlichkeit zurückkehren.

Jan Freudenreich



Wir laden Sie ein!

Gerne stellen wir Ihnen unsere Ziele vor, stehen Ihnen Rede und Antwort und werden uns Ihre Wünsche und Vorschläge für ein besseres Freising anhören.

Schreiben Sie uns oder besuchen Sie eine unserer Veranstaltungen.

www.freisinger-linke.de / info@linke-freising.de

FREISINGER LINKE.

Ein Kind der Friedensbewegung 100 Jahre „Freistaat Bayern“

Als am 7. November 1918 viele Tausende Menschen für den Frieden demonstrierten, war auch die SPD-Führung dabei. Jedoch verlief die Kundgebung auf der Theresienwiese nicht nach deren Plan. Denn die Sozialdemokratie hatte die Demonstrierenden nur als Druckmittel benutzen wollen, um der königlichen Staatsregierung ein paar Reförmchen abzutrotzen. Doch auf der Theresienwiese waren andere, die sich nicht mit Reformen zufrieden gaben, die erkannt hatten, dass nur der Sturz

des monarchisch-kapitalistischen Systems den Massenmord in den Schützengräben beenden und den Frieden sichern konnte. Da war der adlige Ex-Minister Heinrich von Frauendorfer, der die Misswirtschaft bayerischer Behörden bestens kannte, da waren die Brüder Karl und Ludwig Gandorfer vom Bayerischen Bauernbund, da war Crescentia Mühsam aus Haslach (heute Au in der Hallertau), da war der Freisinger Schlosser Hans Unterleitner und da war Kurt Eisner, der später als „Träumer“ Belächelte, als „roter Jude aus Berlin“ Verhetzte, in Wahrheit ein erfahrener Politiker, einst sogar Chefredakteur der SPD-Parteizeitung „Vorwärts“. Er war aus der SPD wegen ihres Kriegskurses ausgetreten und sammelte die Linken in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD). Die Revolution war friedlich. Die Demonstranten von der Theresien-

wiese zogen zu den Ministerien, in den Kasernen schlossen sich ihnen die Soldaten an. Aus Aktivisten der Revolution und einigen Landtagsabgeordneten bildete sich der Bayerische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat als vorläufiges Parlament. Kurt Eisner wurde Ministerpräsident der neuen Republik, des „Freistaats Bayern“. Die SPD schwenkte nach dem Scheitern ihres Kuschelkurses mit der Monarchie um und beteiligte sich an der Regierung. Soweit die Ereignisse vor 100 Jah-



- AUF DIE ZUKUNFT??

ren. Was geht uns das heute an?
1. Die Erinnerung schadet nicht, dass vieles, das uns selbstverständlich erscheint – Gleichberechtigung der Frauen, demokratisches Wahlrecht, 8-Stunden-Arbeitstag – den Menschen nicht in den Schoß gefallen ist, sondern erkämpft werden musste.
2. „Die Dividenden steigen und die Proletarier fallen“. So hat-

te Rosa Luxemburg den Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg benannt. Nicht nur im Ersten Weltkrieg verdienten sich die Rüstungskonzerne goldene Nasen, der Zweite Weltkrieg war dann im wahrsten Sinne des Wortes ein „Bombengeschäft“. Auch heute treiben deutsche Waffen Menschen in die Flucht, die dann als Geflüchtete im Mittelmeer ertrinken oder künftig in die neuen Lager („geschlossene Zentren“) gesperrt werden.

3. Die Gründer des Freistaats Bayern wollten eine Demokratie, in der die Macht der Konzerne gebrochen ist. Auch heute noch hat ein Konzern- oder Bankchef, von niemandem demokratisch gewählt, mehr Macht als mancher Politiker.
4. „Frei von jeder Unterdrückung“ sollten die Bayerinnen und Bayern nach dem Willen von Eisner und seinen Anhängern sein. Heute gibt es ein „Polizeiaufgabengesetz“, das die Bevölkerung bespitzelt und ausspioniert mit Methoden, von denen die königlich-bayerische Polizei nur träumen konnte.

Es ist klar, dass ein solcher Freistaat den etablierten Parteien unheimlich ist. So fallen die Feiern verhalten aus. Die SPD tut so, als sei Eisner nicht aus ihrer Partei ausgetreten, der „Freistaat Bayern“ ein SPD-Projekt. Dabei vermeidet die Kriegs- und Sozialabbau-Partei tunlichst jeden Hinweis auf die konsequent antimilitaristischen

und demokratischen Forderungen der Freistaats-Gründer, die – auch dank SPD - bis heute nicht verwirklicht sind.

Die CSU-Staatsregierung, die sich doch so gern mit dem „Freistaat“ schmückt, obwohl ihre Altvorde- ren in Zentrum und „Bayerischer Volkspartei“ auf Seiten der mon- archisch-militaristischen Reaktion

standen, löst die Frage elegant: Sie feiert stattdessen „200 Jahre Ver- fassungsstaat“. Die Verfassung von 1818 war ein (zaghafter) Schritt weg vom Absolutismus, doch fällt es schwer, ein Parlament mit Fürs- ten und Bischöfen als ernannten Abgeordneten, ohne Wahlrecht für die Mehrheit der Bevölkerung und ohne Recht, selbst Gesetze vorzu-

schlagen, als wirklichen Meilen- stein auf dem Weg zu einem demo- kratischen Bayern anzuerkennen. Wir feiern lieber die Ausrufung des „Freistaats Bayern“ am 07. Novem- ber 1918. Der Freistaat Bayern ist ein Kind der Friedensbewegung. Der Freistaat Bayern ist links.

Name d. Red. bekannt

DIE LINKE und Europa

Im nächsten Jahr finden wieder Wahlen zum europäischen Par- lament statt. Rechte und rechts- radikale Kräfte, die an der Zer- schlagung der europäischen Gemeinschaft arbeiten, bekommen überall auf dem Kontinent Zulauf. Doch DIE LINKE tut sich schwer mit einem Bekenntnis zu Europa. Das hat mehrere Gründe: Einer- seits gehört Internationalismus gewissermaßen zum *raison d'être* sozialistischer und kommunisti- scher Parteien. So schrieben Marx und Engels nicht etwa „Proletarier Deutschlands“, sondern „Proleta- rier aller Länder, vereinigt Euch!“ Und Altiero Spinelli entwickelte das Konzept einer europäischen Gemeinschaft, die sozialistisch, aber vor allem vereint, der einzige Garant für eine Überwindung des Faschismus auf dem europäischen Kontinent sein könne. Anderer- seits bewegt sich die aktuelle EU auf einem neoliberalen Kurs, der weiter entfernt von den Idealen einer linken Europapolitik kaum sein könnte. Hinzu kommt, dass der derzeit prominenteste Fürs- precher der europäischen Einigung zwar europapolitische Vorstellun- gen vertritt, die auch im Europa- wahlprogramm der LINKEN ste- hen könnten, Emmanuel Macron in seinem Heimatland Frankreich

jedoch eine Politik betreibt, die sich an der Schröderschen Agenda 2010 orientiert, deren Ablehnung ebenfalls zum Kern linker Iden- tität gehört. Doch Europabegei- terung und EU-Kritik sind kein Widerspruch, sondern zwei Seiten derselben Medaille.

Macrons Forderung nach einer Fis- kalunion zu unterstützen bedeutet nicht, seinen innenpolitischen So- zialabbau zu tolerieren. Die For- derung nach einer europäischen Armee muss nicht bedeuten, wei- ter an der Eskalationsspirale ge- genüber Russland zu drehen. Im Gegenteil: Es könnte bedeuten, nationale Rüstungsinvestitionen zu senken und den Einfluss der USA Schritt für Schritt zurückzudrän- gen. Die LINKE hatte als eine der ersten Parteien in Europa erkannt, dass die Austeritätspolitik gegen- über Griechenland niemandem außer den Banken helfen und die Hellenen in einen Teufelskreis aus weiterer Verschuldung und Sozialabbau stürzen würde. Die Bigotterie einer EU, die Schulden vergemeinschaftet aber Gewinne bei den Unternehmen belässt, die Scheinheiligkeit einer Bundesre- publik Deutschland, die sich als Krisenprofiteur betätigt und dann den anderen Ländern Reformen aufzwingt, müssen von uns wei-

terhin klar benannt werden. Dies jedoch zu tun, ohne die Verdienste der europäischen Einigung anzu- sprechen, bedeutet, ins selbe Horn zu stoßen wie AfD und Fidesz.

Und an Verdiensten hat die EU doch einiges vorzuweisen. Allem voran zu nennen wäre da die längste Friedensperiode in der Geschichte Westeuropas. Offene Grenzen und Reisefreiheit haben geholfen, Misstrauen abzubauen und die Europäer einander näher- zubringen. In der EU herrschen Arbeitnehmerrechte, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards, die uns als LINKE nicht zufrieden- stellen können, die jedoch die fortschrittlichsten der Welt sind. Jene Genossinnen und Genossen, die eine „Renationalisierung“ von Entscheidungen auf europäischer Ebene fordern, haben nicht nur das Grundproblem der EU nicht er- kannt, das darin besteht, dass man seinerzeit die ökonomische Integ- ration vor der politischen vollzog und das Pferd vom sprichwörtli- chen Schwanz her aufzäumte.

Sie gießen damit auch Wasser auf die Mühlen derer, die zu bekämp- fen unsere vordringlichste Aufga- be sein sollte.

Name d. Red. bekannt

Legalize it!

DIE LINKE fordert die Legalisie- rung von Cannabis und die damit verbundene Entkriminalisierung der Konsumenten.

Mit dieser Meinung stehen wir nicht alleine da. Neben Millionen von Konsumenten fordert auch der Bund Deutscher Kriminalbe- amter eine Legalisierung der Dro- ge. Der Vorsitzende sagt in einem Interview Anfang Februar 2018: „Die Prohibition von Cannabis ist historisch betrachtet willkürlich erfolgt und bis heute weder intel- ligent noch zielführend.“ Auch der bekannte Jugendrichter Andreas Müller spricht sich in seinem Buch „Kiffen und Kriminalität“ für eine Legalisierung aus.

Hanf ist eine der ältesten Nutzpflanzen der Welt. Fun- de belegen die Existenz von Materialien aus Hanf in Chi- na schon um 2800 v. Chr. Schon seit jeher erkannten Menschen überall auf der Welt die vielseitige Nutzbar- keit von Hanf. Egal ob Sei- le, Textilien, Papier oder als Lebensmittel - und auch als Rauschmittel. Des Weiteren ist Hanf eine sehr genügsa- me Pflanze, der Anbau ist weniger aufwändig als etwa der von Baumwolle. Auch die Ökobi- lanz von Cannabis lässt nichts zu wünschen übrig. Cannabis scheint ein Allrounder zu sein.

Wieso ist Hanf also verboten? Bis in das 19. Jahrhundert hinein war der Anbau von Hanf in Europa nor- mal. Das Aufkommen neuer Kultu- ren mit profitablen Absatzmärkten verdrängte den Hanf nach und

nach von den Feldern. Das Auf- kommen von synthetischen Tex- tilfasern im 20. Jahrhundert so- wie die Anti-Cannabis-Kampagne des US-Politikers und Diplomaten Harry J. Anslinger verdrängten Hanf endgültig vom Markt. Zwar gab es vereinzelt Ausnahmen, doch reichten diese nicht aus und so kam dem Hanf seine alte Be- deutung nicht mehr zu. Aufgrund dieser Kampagne setzten die USA ab 1942 ein Verbot von Cannabis durch. 1947 wurde Anslinger in die UN-Drogenkommission beru- fen, wo es ihm gelang, bis 1961 ein weltweites Cannabis-Verbot zu erwirken. Dieser Kampagne la-



gen keinerlei empirische Daten zu Grunde. Anslinger verlieh nur sei- ner persönlichen Abneigung gegen Drogen, insbesondere Cannabis, Ausdruck. Diese Willkür bekom- men noch heute alle Konsumenten von Cannabis zu spüren.

Das Aufgrund dieser Kampagne unterzeichnete Einheitsabkommen über die Betäubungsmittel ist auch heute noch völkerrechtlich bin-

dend. Dennoch gibt es immer mehr Staaten, welche Cannabis mehr oder weniger legalisieren. Urugu- ay, Kanada, Neuseeland sowie die US-Staaten Colorado, Washington, Kalifornien, Washington D.C., Alas- ka und Oregon.

In Deutschland geht die Diskus- sion nur schleppend voran. Die konservativen Parteien inklusive der AfD sprechen sich gegen eine Legalisierung aus. Dabei führen sie oft Argumente ins Feld, de- ren Wahrheitsgehalt schon lange durch wissenschaftliche Studien widerlegt oder zumindest entkräf- tet wurden (Eine Übersicht über internationale Studien zum The- ma Cannabis finden Sie unter: [www.cannabislegal.de/studien/ index.htm](http://www.cannabislegal.de/studien/index.htm)).

Cannabis als Einstiegsdroge ist ein Argument, das sehr oft ange- führt wird. Hier könnte man je- doch durch eine fortschrittliche Aufklärung und Bildung Abhilfe schaffen. Stattdessen macht die Regierung mit ihrer regressiven Politik weiter und kriminalisiert Konsumenten von Cannabis. Sie setzt sie mit wirklichen Krimi- nellen gleich, die nicht davor zu- rückschrecken, Menschen zu er- morden, nur um Geld mit Drogen zu verdienen. Seien es die Mafia in Italien oder die Süd- und Mittel- amerikanischen Drogenkartelle. Doch der kleine Kiffer im Stadt- park ist kein Krimineller. Dagegen will DIE LINKE vorgehen. Wir for- dern deshalb eine Legalisierung von Cannabis.

Warum sollten wir Cannabis über- haupt legalisieren?

Diese Frage lässt sich auf verschiedenste Arten beantworten. Die persönliche Freiheit, selbst entscheiden zu können, ist mitunter eine der wichtigsten. Doch gibt es neben subjektiven auch objektive Gründe, die für eine Legalisierung von Cannabis sprechen. Durch eine staatlich lizenzierte Abgabe es in kurzer Zeit Milliarden an Steuergeldern mehr im Haushalt. Gelder die jetzt im Schwarzmarkt stecken. Oft liegt der Wert des Marihuanas, das von der Polizei beschlagnahmt wird, sowie die Strafe, die deswegen gezahlt werden muss, unter den Kosten für das Ermittlungsverfahren. Auch gibt es keinen sichtbaren Zusammenhang zwischen Gewaltdelikten und Cannabiskonsum. Ein öffentliches Interesse scheint daher nicht gegeben zu sein. Auch der Tod als direkte Folge des Konsums von Cannabis wird bis heute ausgeschlossen.

Demgegenüber stehen laut der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung rund 74.000 Tote durch Alkoholkonsum.

Überhaupt ist der Vergleich mit Alkohol naheliegend. Auch Alkohol besitzt eine berauschende Wirkung und zählt daher als Droge. Auch hier kommt es vor allem auf die Art des Konsums an. Ein verantwortungsvoller Umgang mit berauschenden Mitteln sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Die Wirkung von Alkohol ist bei jedem Menschen unterschiedlich, doch oft steigert Alkohol das Aggressionpotential. Jeder, der einmal in einem Bierzelt oder einem Club war, weiß das. Cannabis entfaltet nur äußerst selten eine pushende Wirkung. Meistens wird man müde, lustig und hungrig.

Warum ist also die eine Substanz verboten, aber die Andere ein Kul-

turgut? Hier spielen Vorurteile und Wirtschaftslobby eine große Rolle. Ein willkürliches Verbot einer berauschenden Substanz, ohne empirische Grundlagen zu haben, ist in einer modernen demokratischen Gesellschaft nicht tragbar. Vor Allem wenn wir bedenken, was für eine unglaublich vielseitige und ökologische Nutzpflanze wir verlieren, wenn wir Hanf pauschal verbieten.

Das Verbot von Cannabis stellt eine Bevormundung dar, die uns aus einer unaufgeklärten Vergangen-

heit heraus verfolgt. Doch wir sind freie, mündige Menschen und daher sollten wir uns als Gesellschaft die Möglichkeit geben, selbst zu entscheiden, welche Mittel wir hin und wieder zu uns nehmen möchten. Deshalb setzt sich DIE LINKE für eine Legalisierung von Cannabis und damit für eine Entkriminalisierung der Konsumenten ein.

Mario Muraro



Wir sind der Verfassungsschutz: Warum DIE LINKE in den Landtag muss

Bayern: Weißwürscht, Spezlwirtschaft und CSU, was braucht man mehr? DIE LINKE vielleicht, diese vaterlandslosen Unruhestifter, die zum letzten Mal (lang ist's her) 1918/1919 unsere christlich-deutsche Leitkultur in Frage stellten? Das Land unterm weiß-blauem Himmel blüht dank seiner von Söder, Seehofer & Co treu behüteten Bayerischen Verfassung. Möchte man meinen, aber die Wirklichkeit sieht anders aus.

Da gibt es z. B. Art. 105: „Ausländer, die unter Nichtbeachtung der in dieser Verfassung niedergelegten Grundrechte im Ausland verfolgt werden und nach Bayern geflüchtet sind, dürfen nicht ausgeliefert oder ausgewiesen werden.“ Tatsächlich: Laut Verfassung ist das Asylrecht nicht abgeschafft, trotz Abschiebelagern und den neuen Internierungslagern („geschlossene Zentren“) an den Landesgrenzen. Wer Verfolgte abschiebt, ist ein Verfassungsfeind.

Gleich einen Artikel (106) weiter kommt ein doppelter Widerspruch der herrschenden Politik zur Verfassung: „Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Die Wohnung ist für jedermann eine Freistätte und unverletzlich.“ Die CSU verscherbelt lieber Wohnungen an private Spekulanten (siehe Landesbank-Wohnungen), als Sozialwohnungen zu bauen. In Bayern gab es 1988 noch 495.000 Sozialwohnungen, heute sind es nur noch 140.000. Dank CSU-Staatsregierung. DIE LINKE

dagegen fordert, jährlich 40.000 Sozialwohnungen neu zu bauen, die nicht nach einigen Jahrzehnten aus der Sozialbindung fallen. Nach dem neuen „Polizeiaufgabengesetz“ (PAG) ist die Wohnung nur noch für eines Freistätte: Für grenzenlose Bespitzelung durch Geheimdienste und Polizei. Weg mit diesem verfassungswidrigen Gesetz!

Es dürfte angesichts der Regierungswirklichkeit, die rechten Parolen entgegenkommt, auch kaum zu erwarten sein, dass rechte Hetzer gestoppt werden, obwohl auch Artikel 119 der Verfassung immer noch gilt: „Rassen- und Völkerhass zu entfachen ist verboten und strafbar.“

Ganz klar wird an den wirtschaftspolitischen Grundsätzen der Verfassung, dass nur DIE LINKE verfassungstreu ist. Art. 151 lautet: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährung eines menschenwürdigen Daseins und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“ Vom menschenwürdigen Dasein können bayerische Rentnerinnen, die im Durchschnitt 610 € Rente beziehen, oder Empfänger von Hartz-IV-Leistungen nur träumen. Statt dass sich das Volksein kommen aller Arbeitenden erhöht hätte, ist die Schere zwischen arm und reich größer geworden – trotz Mindestlohn, den Jahre lang nur DIE LINKE und Gewerkschaften gefordert haben, während die SPD anfänglich dagegen war. Im Übrigen ist der Mindestlohn immer noch viel zu gering!

Wer spricht in Bayern noch von den Milliarden, die die bayerische Landesbank mit CSU-Ministern im Aufsichtsrat verspekuliert hat? Nicht nur beim Hypo-Alpe-Adria-Skandal, sondern auch bei der „Asien-Krise“ (1999) oder dem „Mega-Petrol-Skandal“ (1992). Wie heißt es doch so schön in der Verfassung: „Das Geld- und Kreditwesen dient der Werteschaffung und der Befriedigung der Bedürfnisse aller Bewohner.“ (Art 157, 2)

Nicht im Kommunistischen Manifest, sondern in der Bayerischen Verfassung stehen ein Verbot von Monopolen (Art. 156), die Möglichkeit der Enteignung (Art. 159, 160) und der Grundsatz, dass Energieunternehmen und Verkehrsmittel öffentliches Eigentum zu sein haben (Art 160). DIE LINKE will deshalb privatisierte Einrichtungen wieder vergesellschaften, denn Privatisierung ist Diebstahl öffentlichen Eigentums. Mancher Millionär in Ballungsräumen wie z. B. der Flughafenregion war einst ein Bauer mit sauren Wiesen. Millionen durch Bodenspekulation können, wenn man nur wollen würde (außer der LINKEN will nur niemand) verhindert werden, denn Art 161 der Verfassung besagt: „Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.“

Es lohnt sich, die Politik der Parteien an der Verfassung zu messen. Dass Verfassungsfeinde an der Regierung sitzen, scheint nach dem Zitierten klar. Alle anderen Parteien wollen mit der CSU koalieren.

Wir nicht. Bayern braucht weder Schwarz mit ein paar grünen Tupfern und erst recht keine Mini-GroKo. Bayern braucht eine konse-

quente soziale Opposition, die die Menschenrechte und die Demokratie verteidigt und die bayerische Verfassung ernst nimmt. DIE

LINKE ist der Verfassungsschutz.

Name d. Red. bekannt

140 Tage Stadtrat

Zunächst kurz zu meiner Person. Ich bin Stefan John, 22 Jahre alt und Student der TU München. Seit etwa 140 Tagen gehöre ich dem Moosburger Stadtrat an. Ich - kein Parteimitglied - bin der einzige Linke in diesem Gremium. Aber Parteien spielen auf dieser Ebene wenig bis gar keine Rolle, viel mehr sind Ideen und noch mehr Beziehungen und Routine ausschlaggebend für Erfolg und Aufmerksamkeit.

Wie sieht die Arbeit im und für den Stadtrat genau aus? Meist sind mehrere hundert Seiten Sitzungsunterlagen durchzulesen, ich notiere mir einige Anmerkungen zu den einzelnen Punkten und am Montag Abend ist die Sitzung. Manchmal geht es sehr schnell, alles wird abgenickt, manchmal dauert es fast vier Stunden. Kontrovers wird jedoch nur selten diskutiert. Oft gibt es Wortmeldungen nur um mitzuteilen, dass man dagegen stimmen wird, leider ebenso häufig sind Streitigkeiten, wer die ursprüngliche Idee hatte und auf wessen Verdienst das Vorhaben beruht, alles nur für die Presse und die öffentliche Aufmerksamkeit. Wir sind eben schon mitten im Landtagswahlkampf. Meiner Meinung nach ist das extrem kontraproduktiv. Es ist kontraproduktiv deshalb, weil es das Vorurteil befeuert, das sämtliche Demokratie- und Institutionenverdrossenen antreibt: „die da oben kümmern sich nicht um uns“. Zu sehen ist

das unter anderem auch an der mangelnden Bürgerbeteiligung. Die Bürgerfragen am Anfang jeder Sitzung werden fast nie wahrgenommen, Zuhörer sind kaum vorhanden, Bürgerinfoabende werden ebenso spärlich besucht. Woher soll man wissen wo es den Leuten auf den Nägeln brennt, wenn die Kommunikation sehr einseitig ist? Das ist ein Problem auf allen politischen Ebenen, daran muss ganzheitlich gearbeitet werden. Es tut mir leid für den abrupten und pessimistischen Einstieg. Dazu bewegt hat mich ein banales Ereignis. Moosburg als Pendlerstadt hat einen leider sehr heruntergekommenen Bahnhof, die DB spekuliert auf Verkauf. Daher steht der Bahnhof leider leer und ist in entsprechenden Zustand. Einige Pendler nehmen zusätzlich zum Zug noch den Bus, um in die umliegenden Städte zu kommen. Leider gab es jahrelang weder ein Bushäuschen noch eine Bank, um ihnen das Warten komfortabler zu gestalten. Als ich diesen Missstand bei einer Stadtratssitzung ansprach, wurde mir gesagt, dass es ein schwieriges Unterfangen sei, mit dem Grundstückseigner zu sprechen, dem das Land direkt hinter dem Gehweg gehört. Sinngemäß hieß es, wenn ich mir die aussichtslose Diskussion antun wolle, dann „nur zu“. Zwei Wochen später stand ein nagelneues Bushäuschen da, samt Foto mit Bürgermeisterin in der Zeitung. Es



ging nicht um die Sache, es ging darum, sich möglichst viel Sympathien und Aufmerksamkeit zu sichern. Einziger Lichtblick ist, dass es in jüngster Zeit doch einigen Menschen besser geht, wie man an der Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus durch die Stadt sieht, selbst wenn die Meinung im Stadtrat vertreten wurde, mehr an die Reichen zu denken, denn „die müssen schließlich auch irgendwo wohnen“. Auch zu diesem Punkt wurde genau so hin und her diskutiert, auf wen die Idee zurückgeht. Die Wahrheit ist, dass es ursprünglich auf meinen Vorgänger Hans Zitzelsberger zurückgeht, der diese Forderung immer wieder eingebracht hat.

Es sollte uns darum gehen, etwas zum Positiven zu bewegen. In der Öffentlichkeit stehen und Aufmerksamkeit zu bekommen, ist da eher ein notwendiges Übel. Wir sollten versuchen, auf allen Ebenen in Erscheinung zu treten. Position beziehen statt persönliche Profilierung, echte Bürgernähe und Einsatz, statt auf jedem Zeitungsfoto zu sein.

Stefan John

JUNGE LINKE FREISING

Wir sind politisch motivierte junge Menschen im Alter von 16 - 35 Jahren, die nicht mehr nur am Seitenrand stehen wollen, sondern wir wollen uns aktiv für unsere Überzeugungen und für eine gerechte Gesellschaft einsetzen.

Wir alle sind Mitglieder der Partei DIE LINKE, der einzigen sozialen Alternative zur neoliberalen, kapitalistischen und immer mehr nationalistischen Politik in der Bundesrepublik. In unserer Demokratie haben wir das Recht, aktiv am gesellschaftlichen Wandel mitzuwirken. Und wir glauben, dass wir als junge Menschen die Pflicht haben, dieses Recht wahrzunehmen und unsere Ideen in den politischen Alltag einzubringen.

Dass die Jugend von heute sich nicht für Politik interessiert, ist ein weit verbreiteter Mythos. Gerade Menschen im Alter von 15 bis 35 Jahren sind heutzutage immer mehr politisiert. Sie drücken dies nur anders aus, als es früher der Fall war. Heute zählt das Individuum. Durch nachhaltiges Konsumverhalten, Umweltschutz, und den Kampf gegen den Faschismus und Engagement für Frieden handeln viele junge Menschen politisch motiviert. Doch viele dieser engagierten Jugendlichen treten keiner Partei oder Bewegung bei. Dies hat vielfältige Gründe. Eine allgemeine Politikverdrossenheit hat sich unserer Gesellschaft bemächtigt. Wobei es richtiger wäre, von einer Politiker- und Parteienverdrossenheit zu sprechen. Ein gutes

Beispiel sind die Demonstrationen gegen das PAG am 10. Mai in München. Über 30.000 Menschen, davon ein Großteil unter 35 Jahren, nahmen an dieser Demo teil und auch in anderen Städten war der Anteil der unter 35-jährigen bei den PAG-Demos hoch. Es geht also nicht so sehr darum, Jugendliche für Politik zu interessieren, sondern für Parteien.

DIE LINKE steht für eine transparente und soziale Politik. Für den Frieden und gegen den Faschismus und seine rechten Ausläufer. Wir sind die einzige Partei, die keine Lobby Spenden aus der Wirtschaft entgegen nimmt, denn wir machen Politik für die Menschen und nicht für die Konzerne. Auch waren wir die einzige Fraktion, die gegen eine Diätenerhöhung der Abgeordneten war. Unser Programm steht für den Umweltschutz und für eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise, für Chancengleichheit in der Bildung und für soziale Gerechtigkeit.

Der Jugend eine gute und gerechte Zukunft zu geben, ist unser wichtigstes Anliegen. Dazu müssen sich die jungen Menschen aber mit einbringen und ihre Interessen vertreten. Und genau das haben wir uns als Junge Freisinger Linke zur Aufgabe gemacht. Einzelengagement ist gut und wichtig, aber nur in einer starken und solidarischen Gemeinschaft können Veränderungen für die gesamte Gesellschaft erreicht werden. Die Politik und die politische Arbeit wirken in

allen Lebensbereichen des Alltags, sie stellen die Weichen für unsere Zukunft und sie sind elementare Bestandteile einer vielfältigen und lebendigen Demokratie. Damit Menschen und vor Allem junge Menschen dies erkennen, muss der Dialog gesucht werden, muss Politik nah am Menschen gemacht werden. Junge Menschen brauchen eine Perspektive und eine Chance, ihre Zukunft und die der gesamten Gesellschaft mitzugestalten. Das ist unsere Aufgabe als Jugendgruppe der Freisinger Linken. Wir wollen junge Menschen für Politik und für die Arbeit in einer Partei begeistern. Wir wollen eine vielfältige, sozial gerechte und gleichberechtigte Gesellschaft.

Wir wollen den Kapitalismus als scheinbar „alternativlose“ Wirtschaftsweise überwinden und Wege schaffen, den Reichtum fair zu verteilen, damit alle in Wohlstand leben können.

Wir wollen Frieden statt Krieg und Faschismus, Abrüstung statt Aufrüstung und eine Gleichberechtigung aller Menschen in unserem Land und auf der Welt, egal welcher Religion sie angehören, welche Hautfarbe oder welches Geschlecht sie haben. Dafür stehen wir ein und dafür kämpfen wir.

Wir sind die Jugendgruppe der Freisinger Linken, wir sind der Arm, der die Zukunft schafft.

Mario Muraro



**Unser Genosse Hans Zitzlsberger ist am 09.04.2018
nach schwerer Krankheit verstorben.**

**Er war ein aufrechter, mutiger Mann der sich seit
seiner frühen Jugend für die Verbesserung der Le-
bensbedingungen und eine soziale Welt einsetzte.**

**Von seiner Familie verabschiedete er sich mit sei-
ner kämpferisch hochgestreckten Faust.**

**Wir werden Wuschl vermissen und werden ihn in
unserer Mitte behalten**

Die Karikaturen für diese Ausgabe
fertigten dankenswerterweise Bernd Bücking
und Andreas Pfenninger für die Freisinger Linke an